

Drexelius, Matthias	Bürgermeister
Brill, Helmut	
Eul, Walter	
Hahn, Raymond	ab 18:15 Uhr
Jack, Werner	
Müller, Bernhard	
Neubert, Ulrich	
Schneider, Leo	ab 18:22 Uhr
Strehlow, Harry	

C) Vom Ausländerbeirat

Tammen, Dr. Frederik	
Wagner, Kate	ab 18:11 Uhr

D) Vom Seniorenbeirat

Kötter, Karl

E) Von der Verwaltung

Guth, Michael	
Heid, Franz-Josef	
Oswald, Iris	
Sierra Eifert, Andrea	zgl. als Schriftführerin

F) Entschuldigt fehlten

Evers, Reiner	
die Herren Stadträte	
Liese, Gerhard	Erster Stadtrat
Grob, Herbert	

Stadtverordnetenvorsteher Dr. Drexelius eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Auf Frage von Stadtverordnetenvorsteher Dr. Drexelius besteht Konsens, die unter Block B aufgeführten Tagesordnungspunkte en bloc abzustimmen. Da die Pressevertreter für die Berichterstattung noch eine Kamera benötigen, der zu verabschiedende Wehrführer jedoch auch noch einen anderen Termin wahrnehmen muss, besteht Einvernehmen, die Tagesordnung in geänderter Reihenfolge abzuarbeiten.

2. Genehmigung der Niederschrift der letzten Sitzung

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung genehmigt die Niederschrift der 4. Sitzung.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig, 3 Enthaltungen

3. Mitteilungen des Stadtverordnetenvorstehers

Stadtverordnetenvorsteher Dr. Drexelius nimmt Bezug auf den vorliegenden Sitzungskalender für das Jahr 2007 und weist darauf hin, dass die Dezembersitzung der Stadtverordnetenversammlung wegen einer Sitzung des Kreistages auf Dienstag verlegt wurde.

A. Punkte mit Aussprachen

5. Bauleitplanung der Stadt Usingen

Bebauungsplan "Auf der Riedwiese", 2. Änderung, Stadtteil Usingen

Verlängerung der Veränderungssperre um ein Jahr gem. § 17 Abs. 2 BauGB

Beschluss-Nr. IX/120-2006

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Verlängerung, der am 11.02.2004 in Kraft getretenen und am 11.2.2006 zum 1. Mal verlängerten Veränderungssperre für den Bereich des Bebauungsplanes „Auf der Riedwiese 2. Änderung“, um ein weiteres Jahr gemäß § 17 Abs. 2 Baugesetzbuch.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltungen

6. B 275 / B 456 Nord-Ost-Umgehung Usingen

Vorstellung der Trassenführung und Stellungnahme zu den Planfeststellungsunterlagen

Stadtverordneter Hahn signalisiert die uneingeschränkte Zustimmung der SPD-Fraktion, da die Umgehung einen wichtigen Markstein für Usingen darstelle. Seit über 40 Jahren setze sich die SPD für eine Umgehung ein. Die unter der Amtszeit von SPD-Bürgermeister Krönung fortgeschrittenen Planungen seien 1977 von der damaligen CDU jedoch abgelehnt worden. Später habe die SPD-Bürgermeisterin Tempelhahn die Herausnahme der Planung aus dem Regionalen Raumordnungsplan verhindert. In der Zwischenzeit sei jedoch sowohl bei den Gewerbetreibenden wie auch der CDU die Einsicht über die untragbare Situation der Innenstadt gewachsen. Die damalige Entscheidung, 600.000,00 DM für die Fortsetzung der Planung der Nordumgehung aufzubringen, habe sich als richtig erwiesen. Dies, wie auch die Rückfragen von Seiten der SPD bei den Planern des Bundesverkehrsministeriums, habe dazu geführt, dass die Nordumgehung in den vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplanes gelangt sei. Zwischenzeitlich seien alle im Parlament vertretenen Fraktionen mit Ausnahme der Fraktion der Grünen über die Notwendigkeit der Nordumgehung einig, was auch für die Verantwortlichen im Ministerium ein Zeichen gewesen sei, dass die Kommune mehrheitlich hinter der Entscheidung stehe und der Wunsch nach der Nordumgehung berechtigt und begründet sei. Auch wenn eine neue Straße einen Eingriff in die Natur darstelle, habe man dennoch die Pflicht, die Bewohner der Innenstadt vor den Belastungen und die Besucher vor den Gefahren des jetzigen Verkehrsaufkommens zu schützen. Zudem müsse man den Geschäftsleuten die Chance geben, an einer Umgestaltung für eine attraktive Innenstadt mitzuarbeiten. Die SPD-Fraktion sei der Überzeugung, dass die Planer in der zu beschließenden Vorlage alle erforderlichen Gesichtspunkte abgewogen hätten, um auch juristischen Einwänden standzuhalten. Wichtig sei, an alle Usingerinnen und Usinger zu appellieren, der Nordumgehung zum Wohle der Allgemeinheit keine Steine mehr in den Weg zu legen. Juristisch und politisch müsse man nun alle für einen schnellen Baubeginn notwendigen Beschlüsse fassen.

Stadtverordneter Dr. Holzbach bestätigt, dass die ursprüngliche Trassenführung durch die damalige CDU abgelehnt worden sei. Zu berücksichtigen sei jedoch, dass diese nicht der heutigen Planung entsprochen und völlig andere Brückenbauwerke und Einschnitte in die Natur vorgesehen habe. Nicht richtig sei es auch, wenn man das alleinige Initiativrecht und die Durchsetzung der Nordumgehung der SPD zuschreibe. Auch die CDU habe der damaligen Bereitstellung der 600.000,00 DM für die Planung zugestimmt und damit den Haushalt mitgetragen. Nahezu alle vertretenen Fraktionen hätten sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten dafür eingesetzt, dass die Realisierung so nahe gerückt sei. So wie die SPD sich in Berlin eingesetzt habe, habe sich die CDU in Hessen für die Einleitung der notwendigen Schritte engagiert, daher sei dieser Erfolg als Gemeinschaftswerk der Usinger Politik zu sehen.

Stadtverordnete Enslin führt aus, dass die jetzt vorgestellte Trasse zu Lasten der Landschaft und Natur gehe. Insgesamt werde eine Fläche von 31 ha, hiervon 14 ha Ackerland und 8 ha Grünland, verbaut. Auch wenn man die Notwendigkeit sehe, die Innenstadt vom Durchgangsverkehr zu entlasten, zeigten die dramatisch ansteigenden Zahlen auf 18.900 Pkw in der Innenstadt die Unfähigkeit, den motorisierten Individualverkehr erfolgreich zu reduzieren. Zu einer zukunftsfähigen integrierten Verkehrsplanung gehöre die Abstimmung mit Straßenbauprojekten in Nachbarkommunen, aber auch die konsequente Stärkung des ÖPNV, um eine attraktive Alternative zum Autoverkehr zu bie-

ten. Die Kürzung der Regionalisierungsmittel für den ÖPNV auf Bundesebene bewirkten jedoch das Gegenteil. Versäumt worden sei auch die Untersuchung einer Westtangente, die erheblich kürzer gewesen sei, oder auch eine Verlagerung der Verkehrsströme durch eine Verlängerung der Heisterbachstraße. Eine Reduzierung des Verkehrsaufkommens durch die geplante Umgehung sei fraglich, da auch andere Umfahrungen gezeigt hätten, dass neue Straßen mehr Verkehr nach sich zögen, was auch dem Klimaschutz schade. Zudem seien von der geplanten Trassenführung schützenswerte Gebiete rund um Usingen wie das Röllbach-, Usa- und Eschbachtal, Waldflächen, geschützte Biotope, das Stockheimer-Bach-Tal und das geplante Naturschutzgebiet Galgenkopf betroffen. Die topographischen Gegebenheiten erforderten die Bewegung und Verbauung von 200.000 m³ Erde. Auf- und Abfahrten mit Beschleunigungsspuren, Rampen mit nicht unerheblichen Steigungen und Kreisverbindungen seien demnächst die Wahrzeichen von Usingen. Zu erwähnen seien hier die Brücke über die B 275 über das Stockheimer-Bach-Tal mit einer Länge von 160 m oder die Brücke über das Usatal mit 352 m, die Brücke über die Hattsteiner Allee, die zudem teilweise 3 m tiefer gelegt werden müsse oder die Unterführung der L 3270 sowie die 7 kleineren Brücken über die umliegenden Wirtschaftswege. Auch wohnten künftig die Bewohner des Schlappmühler Pfades in einer Entfernung von 140 m von der Umgehung, die der Hattsteiner Allee und des Hohen Berges 90 m oder des Gutenbergweges 400 m entfernt. Ein weiterer Beweis für eine misslungene Verkehrsplanung sei der künftige Fahrtweg der Einwohner von Schleichenbach I nach Bad Homburg, da der alte Wehrheimer Weg als direkte Verbindung auf die B 456 zurückgebaut werde. Somit müssten die Bewohner des größten Wohngebietes in Usingen künftig einen Weg von ca. 1 km fahren, um auf die B 456 zu gelangen. Dies lasse für künftige Verkehrsplanungen in der Innenstadt nichts Gutes ahnen, so dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gerade auch bei der Verkehrsplanung um den neuen Marktplatz kritisch darauf achten werde, dass sich derartiges nicht wiederhole. Aus den genannten Gründen könne ihre Fraktion dieser Trasse nicht zustimmen.

Stadtverordneter Konieczny stellt fest, dass im Jahr 1977 die damaligen CDU-Vertreter der Stadtverordnetenversammlung die Weitergabe der fertigen Planung für die Nordumgehung in das Planfeststellungsverfahren verhindert hätten. Entgegen der Berichterstattung im Usinger Anzeiger vom 18.11.2006 habe die FWG-Fraktion bei der Beschlussfassung im Jahre 1969 mitgewirkt und nach intensiven Untersuchungen die Nordtrasse als einzig wirkungsvolle Entlastung gesehen. Hieran habe sich bis heute nichts geändert. Auch die Ausführungen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Umweltschutz änderten hieran nichts, da nach Auffassung der FWG-Fraktion der Bürgerschutz Vorrang habe. Bei den Betrachtungen 1968 und 1969 seien unter anderem auch eine Südumgehung, eine Tunnellösung oder eine auf Stelzen geführte Trasse durch das Stockheimer Tal diskutiert worden. Die vorliegende Planung sei den geltenden Vorschriften und Verordnungen entsprechend durchgeführt worden. Umwelt- und Lärmschutz seien stärker gewichtet als dies früher der Fall gewesen sei. Dies entschuldige aber nicht die 1977 durch die CDU getroffene Entscheidung, zu deren Lasten 30 Jahre Vernachlässigung der Lebensqualität der Kernstadtbewohner und Stillstand in der Innenstadtentwicklung gehe. Hinzu komme die Ausgabe von 600.000,00 DM, die die Stadt investieren musste, um das Projekt wieder anzuschieben. Mit dem heutigen Beschluss solle jedoch ein Schlussstrich unter die Vergangenheit gezogen werden. Die FWG-Fraktion hoffe, dass der sehr optimistisch aufgezeigte Zeitplan für einen Baubeginn nicht durch zeitraubende Widerspruchsverfahren gestört werde. Nun sei die reizvolle Aufgabe, Meinungen und Ideen für eine Umgestaltung des Stadtkerns zu sammeln und nach eingehender Beratung mit den Bürgern entsprechende Beschlüsse zu fassen. Auch wenn die Zeit nicht dränge, solle man diese Arbeiten nicht „auf die lange Bank“ schieben. Die FWG-Fraktion stimme der Vorlage daher uneingeschränkt zu.

Beschluss-Nr. IX/121-2006

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, der vorgelegten Trassenführung für die Nord-Ost-Umgehung Usingen zuzustimmen und auf der Grundlage dieser Unterlagen durch das ASV Frankfurt beim Regierungspräsidium Darmstadt das Planfeststellungsverfahren einleiten zu lassen.

Abstimmungsergebnis: 33 Ja-Stimmen (CDU, SPD, FPD, BEU, FWG), 3 Nein-Stimmen (Bündnis 90/Die Grünen), 0 Enthaltungen

1. Verabschiedung des Wehrführers der Freiwilligen Feuerwehr Usingen-Mitte

Bürgermeister Drexelius reflektiert die bisherigen Tätigkeiten von Herrn Stephan Kleinmichel in der Freiwilligen Feuerwehr Usingen sowie als Wehrführer der Kernstadt und dankt ihm für sein Enga-

gument. Nach Verlesen der Entlassungsurkunde aus dem Ehrenbeamtenverhältnis händigt er diese Herrn Kleinmichel aus.

4. Entwurf der Haushaltssatzung 2007 der Stadt Usingen sowie des Wirtschaftsplanes 2007 der Stadtwerke Usingen **Beratung und Beschlussfassung**

Stadtverordneter Dr. Holzbach weist darauf hin, dass der Haushalt 2007 im Gegensatz zu den vergangenen Jahren noch im laufenden Jahr und nicht erst nach Beginn des kommenden Haushaltsjahres verabschiedet werden könne. Er führt aus, dass der Haushalt 2007 der Politik aufgrund der finanziellen Situation der Stadt sowie der Verweigerungshaltung der Parlamentarier in den vergangenen 5 Jahren und den überfälligen Aufgaben kaum Gestaltungsspielraum lasse. Dies sei um so bedauerlicher, da die Bürger in den nächsten Jahren, beginnend mit dem Haushaltsjahr 2008, mit erheblichen Mehrbelastungen bei den Gebührenhaushalten, vor allem bei der Müllentsorgung, rechnen müssten und die für 2007 vorgesehenen Gebührensätze nicht auf diesem Niveau bleiben könnten. Erfreulich sei, dass der Haushalt 2007 nicht nur ausgeglichen sei, sondern dass man bei der augenblicklichen Kalkulation trotz des Anstiegs der Kreisumlage sogar mit einem kleinen Überschuss rechnen könne. Die Mehrausgaben bei der Kreisumlage um nahezu 700.000,00 € sowie die erforderlichen Mittel für die dringend notwendige Sanierung des Bürgerhauses Eschbach in Höhe von 270.000,00 € engten den Spielraum ein. Eine weitere Position, die in der CDU-Fraktion intensiv und kontrovers diskutiert worden sei, sei der im Vermögenshaushalt vorgesehene Betrag von 608.000,00 € für den Bau eines Radweges zwischen Usingen und Ober-Mörlen. Trotz des zu erwartenden Zuschusses durch das Land von 60 %, um den diese Summe sich dann reduziere, sei die Entscheidung, letztlich eine Ausgabe von über 270.000,00 € zu leisten, nicht leicht gefallen. Man werde dies jedoch auch wegen der überörtlichen Bedeutung des Radwegenetzes mittragen, ebenso wie eine Verpflichtungsermächtigung über 250.000,00 € für den Bau eines Schlauchtrocknungs- und Übungsturmes der Freiwilligen Feuerwehr und eine Verpflichtungsermächtigung von 450.000,00 € für den Bau der Straße am Wellenhaag in Kransberg. Besonders sei darauf hinzuweisen, dass der Haushalt 2007 keine Stellenbesetzungssperre mehr enthalte. Diese Thematik sei eingehend im HFA diskutiert worden, wobei die Stellenbesetzungssperre für die Stelle der Persönlichen Referentin bzw. des Persönlichen Referenten des Bürgermeisters aufgehoben worden sei. Man werde diese Stelle halbtags, zunächst befristet auf 2 Jahre, ausschreiben, um Projekte wie ein Ehrenamtsbüro, Projektmanagement und Sauberes Usingen wieder vorantreiben zu können. Aus grundsätzlichen Erwägungen werde die CDU-Fraktion Stellenbesetzungssperren nicht zustimmen, da diese die Flexibilität der Politik einengten und als Ausdruck eines Misstrauens gegenüber der Verwaltungsspitze verstanden werden könnte. Man sei sicher, dass eine Stellenneubesetzung nicht ohne Einbindung der Politik erfolgen werde.

Zum Verwaltungshaushalt sei anzumerken, dass auf Antrag der CDU-Fraktion der Zuschuss für die Durchführung des Jubiläums in Wilhelmsdorf im Jahr 2007 von 5.000,00 € auf 14.000,00 € erhöht wurde, um mit diesen Mitteln den Weg zum Park- und Ride-Platz ausbauen zu können. Ebenfalls auf Antrag der CDU-Fraktion seien im HFA die Mittel für die Lokale Agenda 21 gestrichen worden. Die Unterhaltungskosten für das ehemalige Bauamt in der Weilburger Straße seien von 10.000,00 € auf 55.000,00 € erhöht worden, um die dringend erforderliche Dachsanierung durchführen zu können. Nach Durchführung der Dachsanierung beabsichtige die CDU-Fraktion, die Räume dem Stadtarchiv zu Verfügung zu stellen, um die Räume wieder einer Nutzung zuzuführen und die räumlich beengte Situation des Archives zu beheben. Für die Erneuerung des Weges vom Buswendeplatz zum Aussiedlerhof im Stadtteil Michelbach habe die CDU-Fraktion unter der Position „Unterhaltung von Stadtstraßen“ Mittel von 2.000,00 € beantragt. Weiter sei die CDU-Fraktion einer Anregung des Ortsbeirates Usingen gefolgt und habe im HFA für die Anschaffung von zwei Handwagen und einem abschließbaren Gießkannenständer für den Friedhof Usingen Mittel von 850,00 € eingestellt. Für die Sanierung des Gebäudes Alte Schule / Kindergarten in Merzhausen seien auf Antrag der CDU 2.100,00 € für die Erneuerung der Zaunanlage und 2.500,00 € für die Schaffung eines zweiten Rettungsweges aus dem Heizraum eingestellt worden, ebenso wie 250,00 € für ein weiteres Piktogramm im Stadtteil Wilhelmsdorf.

Im Vermögenshaushalt werde der für die Anschaffung von Geschwindigkeitsanzeigergeräten vorgesehene Betrag um 7.000,00 € auf 10.500,00 € aufgestockt, um 3 weitere Anzeigergeräte ankaufen

zu können. Man folge hiermit der Tradition, auf die Freiwilligkeit und Überzeugungskraft dieser Geräte zu setzen. Dem Antrag der CDU-Fraktion, für die Sanierung des Momo-Pfades 10.000,00 € bereitzustellen, sei im HFA einstimmig entsprochen worden. Für den Austausch einer Spiegelanlage in der Backhausgasse in Merzhausen seien 3.200,00 € einzustellen, jedoch nur unter der Voraussetzung, dass sich ein privater Unternehmer mit 50 % der Kosten beteilige. In Wernborn halte die CDU-Fraktion es für erforderlich, die Milchsammelstelle instand zu setzen. Man sei sicher, dass dieses Projekt mit Hilfe engagierter Bürgerinnen und Bürger durchgeführt werden könne und beantrage daher zur Unterstützung eines Bürgerengagements, das zum Erhalt und der Sicherung städtischen Eigentums führe, die Einstellung von 12.000,00 €. Zudem unterstütze und beantrage die CDU-Fraktion die Bereitstellung von 10.000,00 €, um das an der Mozartstraße gelegene Basketballfeld, das wegen des Sporthallen-Neubaus auf dem CWS-Gelände wegfallen werde, am Café Olé wieder einzurichten. Einem möglichen Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Reduzierung der Mittel für die Wirtschaftsförderung werde die CDU-Fraktion zustimmen, da Bürgermeister Drextelius bereits auf eine anstehende Änderung der gesellschaftsrechtlichen Struktur der zur Zeit beauftragten Firma Imakom und der hiermit verbundenen Tätigkeit von Herrn Dr. Leuninger hingewiesen habe. Da man die Skepsis teile, ob diese bevorstehende Entwicklung für Usingen positiv sei und eine gleich bleibende Beratungs- und Unterstützungsfunktion gewährleistet sei, vertrete man die Auffassung, die bestehenden Verträge nicht auf die in München ansässige größere Firma zu übertragen. Stattdessen plane die CDU-Fraktion, diese Mittel für eine Stelle zur Unterstützung der Wirtschaftsförderung, die halbtags vorerst auf 2 Jahre befristet eingerichtet werden solle, einzusetzen. Auf diese Weise habe man eine qualifizierte Kraft vor Ort, die sich den Belangen der Wirtschaft widmen, die Vermarktung des Gewerbegebietes und weitere Themen wie die Weiterführung des Mittelstandsforums vorantreiben könne.

Abschließend dankt Stadtverordneter Dr. Holzbach dem Bürgermeister, dem Magistrat sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung für ihre Unterstützung.

Stadtverordneter Brähler stellt fest, dass bei gleicher Steuerlage auch in den vergangenen Jahren ein ausgeglichener Haushalt hätte vorgelegt werden können. Stattdessen seien durch den Magistrat Haushalte mit erheblichen Defiziten und Neuverschuldungen bis zu einer Höhe von 5 Mio. Euro eingebracht worden. Nur durch intensive und zeitaufwändige Diskussionen sei die jeweilige Verringerung der Haushaltsdefizite möglich gewesen.

Die FDP-Fraktion werde dem vorliegenden Haushalt zustimmen. Erfreut sei man über die zu erwartenden Steuereinnahmen, die auch dazu führten, dass die Kosten für die im HFA beantragten Stellen noch immer abgedeckt seien. Auch wenn diese außerordentliche Situation nach den Analysen auch im kommenden Jahr vorliege, sei ihre Nachhaltigkeit nicht sicher. Einige Bedenken habe die FDP, denke sie an die großen anstehenden Aufgaben, beispielsweise die Vermarktung des Neubaugebietes oder den Neubau der Stadthalle, bei der es unsicher sei, ob das Versprechen, sie kostenneutral zu errichten, zu halten sei. Hier sei die FDP-Fraktion aber wegen der kulturellen Bedeutung eines solches Bauwerkes durchaus bereit, Mittel in den städtischen Haushalt aufzunehmen. Begrüßenswert sei die Reduzierung der Verschuldung um ca. 0,5 Mio. Euro und der Erhalt der Rücklage. Dennoch habe man sich gewünscht, dass man die zu erwartenden Steuereinnahmen für eine Zuführung zur Rücklage oder einen weiteren Schuldenabbau verwenden würde, um für die zukünftigen Aufgaben ein Polster zu schaffen.

Auch wenn die FDP-Fraktion dem Haushalt zustimme, stelle sie den Antrag, erneut eine Stellenbesetzungssperre zu beschließen. Der Antrag laute:

„Frei werdende Stellen in der Verwaltung der Stadt Usingen unterliegen der Wiederbesetzungssperre. Ausgenommen von der Wiederbesetzungssperre sind frei werdende Stellen im Bereich der Kindergärten. Die Wiederbesetzungssperre kann durch Beschluss des Haupt- und Finanzausschusses aufgehoben werden. Bei der Aufhebung der Wiederbesetzungssperre ist zu prüfen, inwieweit die Aufgabe, die durch die Stellenbesetzung zu leisten ist, durch Verfahren der interkommunalen Zusammenarbeit geregelt werden kann. Besteht die Möglichkeit der interkommunalen Zusammenarbeit nicht, kann die Besetzungssperre aufgehoben werden.“

Stadtverordnete Enslin führt aus, dass sich die finanziellen Änderungen dank der Wirtschaftslage trotz einer Anhebung der Umlage von 95 % auf 100 % positiv auf den Haushalt auswirke und das Defizit von 395.000,00 € erfreulicherweise durch die Rücklage gedeckt werden könne. In den vergangenen Jahren seien unter dem Druck eines Millionendefizites Entscheidungen getroffen worden, die zu Einsparungen an falscher Stelle geführt hätten. So habe der Beschluss zur Reduzierung der

Sanierungs- und Unterhaltungskosten für öffentliche Gebäude und Straßen zu einer Beanstandung des Landesrechnungshofes geführt. Im Februar diesen Jahres habe die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen daher den Antrag gestellt, die Unterhaltungskosten um 40.000,00 € zu erhöhen, um das Dach des Bauamtes sanieren zu können, wenn auch diese Mittel letztendlich nicht ausreichend gewesen seien. Auch die Ausweitung der Kleinkindbetreuung sei trotz der Argumente ihrer Fraktion in der Vergangenheit dem Rotstift zum Opfer gefallen. Nun gebe es in diesem Parlament einen Konsens, das dritte Kindergartenjahr gebührenfrei zu gestalten. Bedauerlicherweise werde durch das Land für dieses Projekt kein zusätzliches Geld bereitgestellt, sondern über den kommunalen Finanzausgleich den Kommunen entzogen. Auch die Übernahme der Differenz zu dem Landeszuschuss durch die Stadt Usingen sei für alle ein Gewinn. Ein aufwändiges Verwaltungsverfahren entfalle und die Eltern würden entlastet. Dies spiegele sich auch in dem Haushaltsansatz mit niedrigeren Ansätzen bei den Kindergartengebühren wider. Bedauerlicherweise habe die CDU-Fraktion jedoch dem weiter gehenden Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im HFA auf Einrichtung einer zusätzlichen Halbtagsstelle für einen Jugendpfleger nicht zugestimmt. So sei derzeit ein Ausbau des Programms im Café Olé nicht möglich, da die Betreuung der Jugendzentren in den Stadtteilen dies zeitlich nicht zulasse. Eine verstärkte Jugendarbeit in enger Zusammenarbeit mit den Schulen und an sozialen Brennpunkten sei eine Zukunftsinvestition, die sich auszahle. Daher fordere die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen eine zusätzliche Halbtagsstelle und die Erhöhung der Personalkosten von 54.000,00 € auf 79.000,00 €.

In der Vergangenheit habe die Fraktion immer die extrem hohen Ausgaben der Wirtschaftsförderung kritisiert. Nach Auskunft der Verwaltung gebe es für das Jahr 2007 vertragliche Verpflichtungen mit einem Volumen von ca. 50.000,00 €. Fraglich sei, ob man die 15.000,00 € für die Vermarktung von Schleichenbach II benötige, dennoch könne der Ansatz von 125.000,00 € auf 50.000 € reduziert werden. Auch das weitere Vorgehen mit einer externen Wirtschaftsförderung müsse überdacht werden. Bleibe Herr Dr. Leuninger involviert, müsse man die langen An- und Abfahrtwege sowie die nicht mehr mögliche schnelle Reaktion vor Ort bedenken. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen schlage daher vor, das Vertragsverhältnis zum 31.03.2007 zu beenden und über andere Möglichkeiten, wie eine auf 2 Jahre befristete Halbtagsstelle, nachzudenken. Sie beantrage daher hierfür die Einstellung eines Ansatzes von 25.000,00 €.

Im Vermögenshaushalt seien für die Sanierung des Bürgerhauses Eschbach die notwendigen Mittel von 270.000,00 € bereitgestellt worden. Darüber hinaus sei ein nicht unerheblicher Zuschuss von 960.000,00 € für den Sporthallenneubau und ein Anteil von 500.000,00 € für den Sportplatz Muckenäcker an den Kreis und das Investitionsdarlehen an die UTSG von knapp 100.000,00 € vorgeesehen. Erfreulich sei die Umsetzung der Radwegeverbindung von Usingen nach Ober-Mörlen, die eine überregionale Bedeutung habe und deren Kosten durch den Landeszuschuss von 60 % erheblich reduziert werde. Bedauerlich sei die Ablehnung des Antrages der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Installation einer festen Blitzanlage, die eine gute Einrichtung zur Verkehrssicherheit und Lärmschutz darstelle. Die präferierten Geschwindigkeitsanzeigergeräte erzeugten nach gewisser Zeit einen Gewöhnungseffekt. Der im HFA beschlossene Antrag, die Mittel für Spielplätze von 7.000,00 € auf 10.000,00 € zu erhöhen, stärke die Spielplatzinitiativen. Die geforderte Erhöhung für die Umsetzung energiesparender Maßnahmen von 5.000,00 € auf 10.000,00 € sei ein Beitrag zum Klimaschutz, der sich langfristig auszahle.

Bei aller Euphorie solle man jedoch den Schuldenstand und seine Entwicklung nicht außer Acht lassen, der 2003 noch knapp unter 10 Mio. gelegen habe und 2007 auf 13 Mio. Euro steigen werde. Auch wenn es unbequem sei, müsse man die Haushaltskonsolidierung konsequent weiterführen. Hierzu gehöre auch ein Konzept für die Bürgerhäuser und eine Prüfung, wie die Vereine, auch bei den Bewirtschaftungskosten, einbezogen werden könnten.

Abschließend signalisiert Stadtverordnete Enslin bei Annahme der Anträge Zustimmung zum Verwaltungshaushalt und dem Stellenplan. Den Vermögenshaushalt werde die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ablehnen, dem Wirtschaftsplan der Stadtwerke jedoch zustimmen.

Stadtverordnete Bertz stellt fest, dass der vorliegende Haushalt die Zustimmung der SPD-Fraktion finde, zumal dieser die Umsetzung zahlreicher Projekte der zurück liegenden Wahlperiode beinhalte. Usingen profitiere nun von dem zum Teil schmerzlichen Sparkurs der Vergangenheit, wobei dem Bürgermeister und der Verwaltung für die trotz der Kürzungen geleistete gute Arbeit gedankt werden müsse.

Mit den beschlossenen Maßnahmen zur kommunalen Zusammenarbeit sei weiterer finanzieller

Spielraum geschaffen worden. Auch hoffe man, dass sich die positiven Steuereinschätzungen bewahrheiteten und diese weitere Zukunftsprojekte ermöglichten. Die zahlreichen, in die Realisierungsphase eingetretenen Projekte wie die Seniorenwohnanlagen in der Bahnhofstraße und am Schloss, Toom- und Lidl-Markt sowie das Baugebiet Schleichenbach II und der Gewerbepark Süd-tangente zeigten eindrucksvoll, dass dies nicht nur mit kommunalem Geld allein erreicht werden könne. Das wichtigste Projekt sei jedoch die Nordumgehung, für die sich der Bürgermeister und die SPD sowie viele Leute in Berlin energisch eingesetzt hätten und die heute eine große Zustimmung gefunden habe.

Auch die SPD-Fraktion sehe die Belastung durch die Erhöhung der Kreisumlage problematisch, auch wenn Usingen als Schulstandort durch den Neubau der KLS sowie der CWS-Sporthalle profitiere. Die SPD-Fraktion im Kreistag werde einen Antrag auf Reduzierung der Kreisumlage einbringen. Abzuwarten sei das Abstimmungsverhalten der CDU-Fraktion, die auf Kreisebene die Kreisumlage durchsetze und steigere, während die CDU in den Kommunen diese beklage. Zu überlegen sei, ob Usingen sich nicht dem Protest der Stadt Kronberg anschließen solle.

Erfreulich sei die Sanierung des Bürgerhauses Eschbach sowie der Feuerwehr Usingen, die 2006 an den regierenden Fraktionen FDP und BEU gescheitert seien. Auch die Wiederbesetzung der Stelle von Frau Schönbach zur Einrichtung eines Ehrenamtsbüros und des Projektes Sauberes Usingen sei ein wichtiges Projekt. Ohne vom Ziel der Sparsamkeit abzuweichen, unterstütze auch die SPD-Fraktion die Diskussion über eine halbe Stelle für die Jugendpflege sowie für die Wirtschaftsförderung. Ebenso positiv sei das von der Landesregierung ins Leben gerufene Bambini-Programm, das ein beitragsfreies letztes Kindergartenjahr ermögliche, zumal die Initiative der SPD-Fraktion im vergangenen Jahr an den Kosten gescheitert sei.

Trotz der erfreulichen Steuerschätzungen solle jedoch Sparsamkeit, Ausgabedisziplin und der effiziente Einsatz der Mittel oberstes Gebot bleiben. Ein Mittel hierzu sei die Einbindung von Vereinen, Bürgern und Gewerbe. Abschließend sei zum Neuen Markt zu hoffen, dass die CDU-Fraktion die sorgfältig erarbeiteten Empfehlungen und Konzepte einbeziehe, da die Gestaltung Usingen und den Bürgern und nicht nur den Investoren nutzen solle. Generell sei die Ansiedlung von Gewerbe von größter Bedeutung für die Stadt. Hier müsse man sich in den kommenden Jahren messen lassen, ob man Usingen im direkten Vergleich mit den Nachbarkommunen habe voranbringen könne.

Stadtverordneter Böhringer erläutert, dass die Sanierung des Momo-Pfades auf Anregung des FWG-Mitgliedes im Usinger Ortsbeirat und nicht, wie zuvor ausgeführt, durch die CDU angeregt worden sei. Hier habe der Nutzer absolut im Vordergrund gestanden, ein Argument, das bereits vor Jahren bei der notwendigen Sanierung des Bürgerhauses Eschbach habe gelten sollen. Ob der nun hierfür eingestellte Betrag ausreiche, werde von den Auswirkungen der Versäumnisse der vergangenen Jahre abhängen. Die FWG-Fraktion werde sich einem eventuell notwendigen Nachtrag jedoch nicht verschließen. Der Ausbau der Straße In den Schlinkergärten sei positiv, komme aber 20 Jahre zu spät. Über die Mittel für das unter Denkmalschutz stehende Rathaus Wilhelmsdorf in Höhe von 130.000,00 € müsse intensiv diskutiert werden, da dieses Gebäude ein Fass ohne Boden werden könne. Eine Verengung der Straße bzw. eine Verbreiterung des Gehweges an dieser Stelle zur Vermeidung von Spritzwasser an der Hauswand sei wenig sinnvoll, da der Verkehr hier bereits jetzt oft zähflüssig sei. Ziel der Verhandlungen mit dem Landesamt für Denkmalpflege müsse der Abbau des Alten Rathauses und der Wiederaufbau an anderer Stelle sein, zumal dies auch der Wunsch der Wilhelmsdorfer Bürger sei.

Zur Beendigung der Agenda-Arbeit sei anzumerken, dass sich dies mit der bereits vor Jahren geäußerten Auffassung der FWG-Fraktion decke, dass engagierte Bürger andere Möglichkeiten der Einbringung von Vorschlägen für sinnvolle Veränderungen haben. Die Anschaffung von Starenkästen für 60.000 €/Stück sei abgelehnt, dafür aber der Ankauf weiterer Geschwindigkeitsanzeigergeräte für 3.000 €/Stück beschlossen worden. Hier bitte die FWG-Fraktion jedoch um eine bessere Abstimmung der Aufstellung der Geräte mit den Ortsbeiräten. In diesem Zusammenhang bitte er um Begründung, warum ein entsprechendes Gerät an der Kreisstraße 724, Wernborn, Am Betzenberg, aufgestellt sei, sofern sich dies im Eigentum der Stadt befinde. Die hier erlaubte Geschwindigkeit von 70 km/h könne wegen der Steigung ohnehin nur schwer erreicht werden. Abschließend sei der Antrag der SPD-Fraktion auf Erhöhung der Mittel für die Ortsbeiräte überraschend, da diese in der letzten Legislaturperiode die Streichung aller Mittel begleitet hätten.

Stadtverordneter Dr. Klatt stellt fest, dass durch die Verwaltung ein solider und tragfähiger Haushaltsentwurf erarbeitet worden sei, der im HFA wie auch in der heutigen Sitzung ausreichend kom-

mentiert und verabschiedet werden könne. Im Haushaltsjahr 2007 seien einige größere Maßnahmen zum Ausbau der Infrastruktur und zum Erhalt und Ausbau wichtiger städtischer Gebäude in Usingen und den Stadtteilen vorgesehen. Damit bringe man Usingen ein gutes Stück voran. Von übermäßigen Sperrvermerken sei ebenso wie von einer Stellenbesetzungssperre im HFA abgesehen worden, da man der Verwaltung den notwendigen Handlungsspielraum einräumen wolle und der Aussage des Bürgermeisters vertraue, nur sinnvolle Ausgaben zu tätigen. Die Kreditaufnahmen seien reduziert, der Haushalt ausgeglichen, wozu die erhöhten Steuereinnahmen beigetragen hätten, so dass man diesem Haushalt uneingeschränkt zustimmen könne.

Stadtverordnete Roth-Peters bedauert, dass der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Schaffung einer Halbtagsstelle für die Jugendpflege nicht im HFA gestellt worden sei, signalisiert jedoch die Zustimmung der CDU-Fraktion, wenn die zu schaffende Stelle mit einem durch den HFA aufzuhebenden Sperrvermerk versehen werde.

Stadtverordnete Enslin erläutert, dass sie im Zuge der HFA-Diskussion bereits angekündigt habe, für einen entsprechenden Antrag die Haushaltsstelle sowie die erforderlichen Angaben herauszusuchen. Einem durch den HFA aufzuhebenden Sperrvermerk stimme ihre Fraktion zu.

Bürgermeister Drexelius weist darauf hin, dass die vorgesehenen Stellen mit TVÖD 8 in den Stellenplan aufgenommen werden sollten, was einer der bisherigen BAT-Einstufung adäquaten Entlohnung entspreche. Darüber hinaus sei er darauf aufmerksam gemacht worden, dass im Haushaltsplanentwurf auf Seite 107 bei dem Punkt „Kalkulatorische Miete“ der Betrag 18.840,00 € lauten müsse. Die Gesamtsumme sei jedoch korrekt. Auf Seite 10 des Entwurfes bei der Satzung bittet er bei § 6, Stellenplan, die bestehende Erläuterung wie folgt zu ergänzen: „Die Bindung der Planstellen an die einzelnen Abschnitte bzw. Unterabschnitte wird im Stellenplan aufgehoben.“ Das Wort „aufgehoben“ sei beim Kopieren „heraus gefallen“.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, bittet Stadtverordnetenvorsteher Dr. Drexelius um Abstimmung über die vorliegenden Anträge. Die im Rahmen der Haushaltsberatung im HFA eingebrachten Änderungsanträge, die im Zuge der Wortmeldungen angesprochen wurden, stehen in der vom HFA beschlossenen Fassung zur Abstimmung.

Stadtverordnetenvorsteher Dr. Drexelius bittet um Abstimmung des folgenden Antrages der FDP-Fraktion:

Frei werdende Stellen in der Verwaltung der Stadt Usingen unterliegen der Wiederbesetzungssperre. Ausgenommen von der Wiederbesetzungssperre sind frei werdende Stellen im Bereich der Kindergärten.

Die Wiederbesetzungssperre kann durch Beschluss des Haupt- und Finanzausschusses aufgehoben werden. Bei der Aufhebung der Wiederbesetzungssperre ist zu prüfen, inwieweit die Aufgabe, die durch die Stellenbesetzung zu leisten ist, durch Verfahren der interkommunalen Zusammenarbeit geregelt werden kann.

Besteht die Möglichkeit der interkommunalen Zusammenarbeit nicht, kann die Besetzungssperre aufgehoben werden.

Beschluss:

Der Antrag der FDP-Fraktion, frei werdende Stellen mit einer Wiederbesetzungssperre zu versehen, findet nicht die erforderliche Mehrheit und ist somit abgelehnt.

Abstimmungsergebnis: 5 Ja-Stimmen (FDP, SPD), 31 Nein-Stimmen (CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, BEU, FWG)

Stadtverordnetenvorsteher Dr. Drexelius stellt den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Wirtschaftsförderung zur Abstimmung:

Beschluss:

Der Ansatz der Haushaltsstelle 1.7900.610100.3 ist von 125.000,00 € auf 50.000,00 € zu reduzieren.

Bei der Haushaltsstelle 1.7900.400000. werden 25.000,00 € Personalkosten für die Einrichtung ei-

ner vorerst auf 2 Jahre befristeten Halbtagsstelle „Wirtschaftsförderung“ eingestellt. Der Stellenplan ist entsprechend zu ergänzen. Die Entlohnung erfolgt nach TVÖD 8.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltungen

Stadtverordnetenvorsteher Dr. Drexelius stellt den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Einrichtung einer Halbtagsstelle „Jugendpflege“ zur Abstimmung:

Beschluss:

Für die Jugendpflege ist eine zusätzliche Halbtagsstelle im Stellenplan einzurichten. Die Entlohnung erfolgt nach TVÖD 8. Der Haushaltsansatz der Haushaltsstelle 1.4560.400000. ist von 54.000,00 € auf 79.000,00 € anzuheben. Sowohl die Stelle wie auch die Personalkosten sind mit Sperrvermerk versehen, der durch den Haupt- und Finanzausschuss aufzuheben ist.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltungen

Anschließend stellt Stadtverordnetenvorsteher Dr. Drexelius den Haushaltsentwurf der Stadt Usingen für das Haushaltsjahr 2007 zur Abstimmung.

Verwaltungshaushalt

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt den Verwaltungshaushalt in der vom Haupt- und Finanzausschuss vorgelegten Fassung mit den heute vorgenommenen und beschlossenen Änderungen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltungen

Vermögenshaushalt

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt den Vermögenshaushalt in der vom Haupt- und Finanzausschuss vorgelegten Fassung mit den heute vorgenommenen und beschlossenen Änderungen.

Abstimmungsergebnis: 33 Ja-Stimmen (CDU, SPD, FDP, BEU, FWG), 3 Nein-Stimmen (Bündnis 90/Die Grünen)

Stellenplan

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt den Stellenplan in der vom Haupt- und Finanzausschuss vorgelegten Fassung mit den heute vorgenommenen und beschlossenen Änderungen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltungen

Finanzplan

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt den Finanzplan in der vom Haupt- und Finanzausschuss vorgelegten Fassung mit den heute vorgenommenen und beschlossenen Änderungen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltungen

Investitionsprogramm

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt das Investitionsprogramm in der vom Haupt- und Finanzausschuss vorgelegten Fassung.

Abstimmungsergebnis: 33 Ja-Stimmen (CDU, SPD, FDP, BEU, FWG), 0 Nein-Stimmen, 3 Enthaltungen (Bündnis 90/Die Grünen)

Haushaltssatzung

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Haushaltssatzung in der geänderten Fassung.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltungen

Wirtschaftsplan der Stadtwerke Usingen

Beschluss:

Der Wirtschaftsplan der Stadtwerke Usingen für das Wirtschaftsjahr 2007 wird mit der vorgelegten Satzung, dem Erfolgsplan, dem Vermögensplan, dem Stellenplan, dem Finanzplan und dem Investitionsprogramm in der vorgelegten Form beschlossen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltungen

7. Antrag der CDU-Fraktion betr. Lokale Agenda 21

Stadtverordneter Dr. Holzbach erläutert, dass der Agenda-Prozess mit Hilfe zahlreicher engagierter Bürger in den vergangenen Jahren eine Vielzahl guter Anregungen und Ideen erbracht habe. Insgesamt seien mehr als 130 Maßnahmenblätter erarbeitet worden, die nun von politischer Seite im Rahmen der Möglichkeiten umzusetzen seien. Allen, die sich an dem Agenda-Prozess der vergangenen Jahre beteiligt habe, gelte der Dank und die ausdrückliche Anerkennung der gesamten Stadtverordnetenversammlung.

Die CDU-Fraktion stelle nun den Antrag, die aktive Arbeit der Agenda-Arbeitskreise für beendet zu erklären. Dies bedeute nicht, dass man die erarbeiteten Vorschläge und Maßnahmenblätter ad acta legen werde. Im Gegenteil sei es an der Zeit, im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten mit der Umsetzung der Vorschläge zu beginnen. Diese Umsetzung liege jedoch in der Verantwortlichkeit der Stadtverordnetenversammlung und nicht beispielsweise bei Projektgruppen. Der nun vorliegende Antrag sei in der Sitzung der Lenkungsgruppe angekündigt worden, was dem Protokoll der Sitzung zu entnehmen sei. Hier heiße es, dass es „nunmehr Hauptaufgabe sei, die Maßnahmen, die im Rahmen der Agenda-Arbeit erarbeitet wurden, auf ihre Realisierbarkeit und Form der Umsetzung zu prüfen und abzuarbeiten.“ Weiter heiße es, „dass es nach Auffassung der CDU sinnvoll sei, da keine neuen Maßnahmen erarbeitet werden sollen, die Arbeit der Agendakreise zu beenden. Einen entsprechenden Antrag werde die CDU in der nächsten Stadtverordnetenversammlung einbringen.“ Diese angekündigte Vorgehensweise sei sodann im Rahmen der Sitzung der Lenkungsgruppe ausführlich erörtert worden. Insbesondere sei besprochen worden, wie bei Beendigung des Agenda-Prozesses sichergestellt werden könne, dass im Rahmen der politischen Diskussion auf das Know How der ehemaligen Arbeitskreismitglieder zurückgegriffen werden könne. Es habe Konsens bestanden, dass eine Einbeziehung der entsprechenden Arbeitskreismitglieder bzw. –sprecher als sachkundige Bürger im Rahmen der Diskussion in den Fachausschüssen unproblematisch möglich, wünschenswert und auch sinnvoll sei. Weitergehend seien die Anwesenden einig gewesen, dass einmal im Jahr gegen Jahresende die Mitglieder der Lenkungsgruppe zusammenkommen sollten, um seitens der Verwaltung und der Politik einen Bericht über die Fortschritte bei der Umsetzung der Maßnahmenblätter entgegen zu nehmen. Diese diskutierte Vorgehensweise habe die allgemeine Zustimmung sowohl der anwesenden Arbeitskreissprecher wie auch der anwesenden Vertreter der

Politik gefunden. Die Teilnehmer an dieser Sitzung würden sich vielleicht daran erinnern, dass seitens des externen Moderators ausdrücklich gefragt worden sei, ob entsprechend verfahren werden solle. Hiergegen habe sich kein Widerspruch erhoben, was die Fraktionsvorsitzende der SPD-Fraktion, die an der Sitzung ebenfalls teilgenommen habe, auch bestätigen könne. Die CDU-Fraktion beantrage daher, die aktive Agenda-Arbeit in Usingen für beendet zu erklären, verbunden mit dem Auftrag an die parlamentarischen Gremien, im Rahmen der bestehenden Möglichkeiten und anstehenden Projekte die Umsetzung der vorliegenden Maßnahmenblätter voranzutreiben. Die SPD-Fraktion bemängelt nach einem Zeitungsbericht nunmehr, dass Teil des Antrages auch die Aufhebung des Stadtverordnetenbeschlusses von 22.11.2004 sei. In diesem Beschluss heiße es unter anderem:

“Die Arbeitskreise arbeiten nach Bedarf und Themenlage weiter (kontinuierlich oder auch sporadisch) oder stellen ihre Arbeit ein.“

Über die Presse zu verlautbaren, man halte die Aufhebung „weder formal noch inhaltlich für sinnvoll und notwendig“, zeige die Neigung, sich weniger an sachlichen Fragestellungen zu orientieren, sondern daran, was besser ankomme. Jedoch habe die SPD in ihrer damaligen politischen Verantwortung 2004 einen Beschluss gefasst, nach dem die Arbeitskreise machen sollen, was sie wollen, wenn sie es wollen, kontinuierlich oder sporadisch oder auch gar nicht. Ein derart nichts sagender Beschluss habe es verdient, aufgehoben zu werden. Auch die weiteren Ausführungen, dass dieser Beschluss die Grundlage für die Bildung von Projektgruppen gewesen sei, sei falsch. Die CDU habe keinerlei Bedenken, wenn sich Bürgerinnen und Bürger für Projekte, die sich in der politischen Umsetzung befinden, zu Projektgruppen zusammen fänden und den ehrenamtlichen Politikern als kompetente Ansprechpartner für eine sachliche Diskussion zur Verfügung stünden. Die Beschäftigung mit aktuellen Sachthemen könne unproblematisch und unabhängig von einem laufenden Agenda-Prozess ablaufen. Der aufzuhebende Beschluss stelle keineswegs die Grundlage für die Bildung von Projektgruppen dar. Weiter enthalte der Beschluss von 2004 die Aufgabenstellung an die Lenkungsgruppe, Indikatoren zur Ausrichtung des Handelns und aller Entscheidungen der Stadtverordnetenversammlung an der Nachhaltigkeit und dem Leitbild der Agenda-Arbeit auszuarbeiten. Von dieser Aufgabe habe die Lenkungsgruppe selbst, ebenfalls im Konsens, ausdrücklich Abstand genommen, da sie sich hierzu nicht in der Lage sähe.

Abschließend sei zu dem angekündigten Änderungsantrag der SPD-Fraktion anzumerken, dass es nicht darum gehe, die Agenda-Arbeit in Bezug auf die Erarbeitung neuer Vorschläge und Maßnahmen bis auf weiteres auszusetzen. Vielmehr gehe es darum, dass nun allein die Politik mit der Umsetzung der Maßnahmen am Zuge sei. Eine nach der Geschäftsordnung mögliche Unterstützung durch sachkundige Bürger werde befürwortet und angestrebt. Eine Fortführung des Agenda-Prozesses, auch in eingeschränktem Rahmen, halte die CDU-Fraktion nicht für erforderlich. Daher sei die Agenda-Arbeit für beendet zu erklären und nicht im Hinblick auf bestimmte Teilbereiche auszusetzen. Es bestünden keine Bedenken, die Agenda gegebenenfalls zu reaktivieren, wenn die über 130 Maßnahmenblätter abgearbeitet oder zumindest bearbeitet seien. Bis zu diesem Zeitpunkt habe die Lenkungsgruppe mit der jährlichen Berichterstattung sowie der Einbeziehung der Sprecher als sachkundige Bürger den weiteren Weg aufgezeigt. Nun gelte es, die guten Ideen zu prüfen und umzusetzen.

Stadtverordneter Duchscherer stellt fest, dass der vorliegende Antrag nicht dem Konsens der Lenkungsgruppe, so wie er dem Protokoll der Sitzung entnommen werden könne, entspreche. In dem Protokoll stehe nicht, dass die Lokale Agenda der Stadt Usingen beendet sei, sondern es werde explizit ein Vorgehen festgelegt, das den Arbeitskreisen ein klar definiertes Aufgabenspektrum im weiteren Prozess der Lokalen Agenda zuweise. Dies bedeute die Fortsetzung der Lokalen Agenda mit Konzentration auf die Umsetzung der Maßnahmen. Nichts anderes wolle man erreichen, indem durch den Änderungsantrag Punkt 2 des Antrages der CDU-Fraktion eine detailliertere Fassung erhalten solle.

Was den Beschluss aus dem Jahr 2004 betreffe, habe die SPD-Fraktion nicht gefordert, diesen unangetastet zu lassen. Es mache aus Sicht der SPD sehr wohl Sinn, bestimmte Teile zu streichen oder zu ändern. Mit dem vorliegenden CDU-Antrag wolle man jedoch die Beendigung des gesamten Prozesses erreichen, was definitiv nicht Konsens der Lenkungsgruppe gewesen sei. Für die SPD-Fraktion bestehe die Lokale Agenda nicht nur aus dem Erarbeiten der Maßnahmen, sondern Umsetzung und laufendes Controlling der Fortschritte sei integraler Bestandteil der Agenda-Arbeit. Diese Vorgehensweise sei der Konsens gewesen. Punkt 2. des CDU-Antrages solle durch die geänder-

te Formulierung „Die verantwortlichen politischen Gremien prüfen die bislang erarbeiteten Vorschläge auf Realisierbarkeit und entscheiden über die Umsetzung. Soweit die Arbeitskreise noch aktiv sind, unterstützen sie diesen Prozess gemeinsam mit den Projektgruppen“ verdeutlicht werden. Mit dem Änderungsantrag der SPD-Fraktion, den Beschluss aus dem Jahr 2004 nicht aufzuheben, fordere sie die CDU-Fraktion auf, sich nicht auf die summarische Aufhebung von Vergangenheitsbeschlüssen zu beschränken, sondern sich die Mühe zu machen, diese in eine nachvollziehbare Richtung zu bringen. Den Punkten 3. und 4. des CDU-Antrages werde die SPD-Fraktion zustimmen, beantrage aber Einzelabstimmung der 4 Punkte des CDU-Antrages.

Stadtverordneter Brähler bestätigt die Ausführungen von Stadtverordnetem Dr. Holzbach. In der Sitzung der Lenkungsgruppe sei auch gesagt worden, dass es allen Bürgern frei stehe, sich informell zu treffen und Anregungen an die Ausschüsse zu geben. Dies stehe allerdings so nicht im Protokoll und scheine Hintergrund des Missverständnisses zu sein. Formal und institutionell sei der Agenda-Prozess beendet, auch wenn die Politiker und Ausschüsse selbstverständlich bereit seien, Anregungen von ehemaligen Agendamitarbeitern oder Bürgern entgegenzunehmen. Insofern könne ein solcher Prozess informell weiterlaufen.

Stadtverordnete Weinreich zeigt sich für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen von dem Antrag der CDU-Fraktion ebenfalls überrascht. In der Sitzung der Lenkungsgruppe sei lediglich darüber gesprochen worden, dass die zahlreichen erarbeiteten Maßnahmen abgearbeitet und vorerst keine neuen Maßnahmen entwickelt werden sollten. Zudem sei Stadtverordneter Holzbach auf seine Ankündigung, keine weiteren Gelder für die Arbeitskreise zur Verfügung stellen zu wollen, darauf hingewiesen worden, dass diese bereits seit längerem keine Mittel mehr erhielten und, sofern erforderlich, eigene Mittel aufwendeten. Konsens sei gewesen, die bisher erarbeiteten Maßnahmen abzuarbeiten. Der umfangreiche Katalog beinhalte beispielsweise aus dem Jahr 2002 die Öffnung der Parkplätze des alten Landratsamtes, die Einrichtung eines Seniorenbeirates oder die Schaffung von Voraussetzungen, die jungen Familien den Erwerb von Grundeigentum ermöglichen. Im Grunde sei die Agenda-Arbeit ein kontinuierlicher Prozess. Ziel sei, die am besten geeignete Strategie für die Zukunftsfähigkeit der Kommune zu entwickeln, umzusetzen, fortzuschreiben und regelmäßig zu überprüfen. Die Vorschläge, die die Bürger in Arbeitskreisen zur Verbesserung und Verschönerung erarbeiteten, erhalte die Stadt unentgeltlich. Wenn die CDU-Fraktion den Beschluss aufheben wolle, erscheine das ihrer Fraktion, als sei die CDU an der Meinung der Bürger nicht interessiert. Die zukünftigen Ideen und Vorschläge der Bürger seien jedoch zu wertvoll, um sie zu ignorieren.

Bürgermeister Drexelius stellt fest, dass für die Arbeitskreise Mittel im Haushalt zur Verfügung standen, die abrufbereit gewesen seien. So sei den Studenten, die eine Umfrage zu Solarenergieanlagen in der Hugenottenkirche vorgestellt haben, eine kleine Unterstützung aus diesen Mitteln überreicht worden. Dieser Vortrag sei zudem ein gutes Beispiel für eine unterstützende Arbeit. So könne man beispielsweise im Rahmen von Schleichenbach II eventuellen Interessenten entsprechendes Informationsmaterial zur Verfügung stellen.

Was die bereits erfolgte Umsetzung von Maßnahmen betreffe, sei dies korrekt. Dass Leute „ihr eigenes Geld einbringen mussten“, sei darin begründet, dass die Stelle von Frau Schönbach nicht wiederbesetzt worden sei. Er habe zum damaligen Zeitpunkt darauf hingewiesen, dass eine weitere Unterstützung nicht mehr möglich sei. Dies werde auch mit der jetzt zu besetzenden halben Stelle nicht möglich sein. Es müsse klar sein, dass Frau Schönbach alleine eine Arbeitsleistung eingebracht habe, die in anderen Kommunen von 2 oder 3 Mitarbeitern erbracht werde. Nach ihrem Weggang habe man versucht, die Maßnahmenblätter nebenbei umzusetzen, so dass nur wenige Maßnahmen realisiert worden seien. Bei der Einrichtung des Seniorenbeirates beispielsweise habe es mehrere Einflüsse gegeben, die zur Umsetzung führten. Erinnern wolle er auch daran, dass er im Rahmen der Haushaltsberatungen der vergangenen Jahre auf nicht abgearbeitete Maßnahmen und die Notwendigkeit einer Mittelbereitstellung hingewiesen habe. Auch habe er angeregt, eine Priorisierung vorzunehmen, um klären zu können, in welchen Jahren was mit den vorhandenen knappen Ressourcen umsetzbar sei. Er habe zudem in der Lenkungsgruppe vorgeschlagen, die Maßnahmen mit dem Stadtteilentwicklungskonzept zusammen zu führen und abzuarbeiten. Dies betreffe selbstverständlich den Teil des Konzeptes, der konkrete Maßnahmen in den jeweiligen Stadtteilen benenne.

Zu der Berichterstattung in der Presse sei zusätzlich festzustellen, dass er sich in den vergangenen Jahren intensiv mit Solarenergieanlagen und Photovoltaikanlagen befasst habe. So habe er vor 2

Jahren vorgeschlagen, 500.000,00 € für eine Solarenergieanlage auf dem Dach des Feuerwehrstützpunktes einzustellen. Dies habe leider keine Mehrheit gefunden. Lese er jedoch zu späteren Zeitpunkt, die Stadt stelle keine entsprechenden Flächen zur Verfügung, frage er sich, ob er bei den geführten Gesprächen dabei gewesen sei. Zudem bestehe die Möglichkeit einer Photovoltaikanlage auf dem Dach des Stützpunktes weiterhin. So habe er Gespräche mit einer Bank geführt, die Bereitschaft signalisiert habe, die Kontenabwicklung durchzuführen, was die Stadt auch personell entlaste. Darüber hinaus habe er auch mit dem Bürgermeister der Stadt Oberursel über die Möglichkeiten einer Abwicklung über die Stadtwerke Oberursel gesprochen.

Abschließend sei festzustellen, dass es während der Diskussion in der Lenkungsgruppe keinen Widerstand gegeben habe. Nun müsse man einen Beschluss fassen, der eine Zusammenführung der Maßnahmenblätter mit dem Stadtteilentwicklungskonzept, die Umsetzung und vernünftige Abarbeitung der Maßnahmen gewährleiste und interessierten Leuten die Möglichkeit gebe, sich einzubringen und gehört zu werden.

Stadtverordnetenvorsteher Dr. Drexelius verliest den Änderungsantrag der SPD-Fraktion:

„Zu 1.: Soll entfallen.

Zu 2. Soll eine andere Formulierung erhalten:

’Die Lokale Agenda der Stadt Usingen wird in Bezug auf das Erarbeiten und Beschließen neuer Vorschläge für Maßnahmen bis auf weiteres ausgesetzt. Die verantwortlichen politischen Gremien prüfen die bislang erarbeiteten Vorschläge auf Realisierbarkeit und entscheiden über die Umsetzung. Soweit die Arbeitskreise noch aktiv sind, unterstützen sie diesen Prozess gemeinsam mit den Projektgruppen.’ “

Zu den Punkten 3. und 4. lägen keine Änderungswünsche vor.

Stadtverordnetenvorsteher Dr. Drexelius bittet um Abstimmung zu Punkt 1. des CDU-Antrages.

Beschluss-Nr. IX/132-2006 a

1. Der Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 22.11.2004, Beschlussnr. M VIII/1844-2004 wird aufgehoben.

Abstimmungsergebnis: 24 Ja-Stimmen (CDU, FDP; FWG), 11 Nein-Stimmen (SPD, Bündnis 90/Die Grünen), 1 Enthaltung (BEU)

Der Änderungsantrag der SPD-Fraktion gilt somit gleichzeitig als abgelehnt.

Stadtverordnetenvorsteher Dr. Drexelius bittet um Abstimmung zu Punkt 2. des Änderungsantrages der SPD-Fraktion.

Beschluss-Nr. IX/132-2006 b

Der Antrag der SPD-Fraktion, Punkt 2. des CDU-Antrages durch folgende Formulierung zu ersetzen:

“Die Lokale Agenda der Stadt Usingen wird in Bezug auf das Erarbeiten und Beschließen neuer Vorschläge für Maßnahmen bis auf weiteres ausgesetzt. Die verantwortlichen politischen Gremien prüfen die bislang erarbeiteten Vorschläge auf Realisierbarkeit und entscheiden über die Umsetzung. Soweit die Arbeitskreise noch aktiv sind, unterstützen sie diesen Prozess gemeinsam mit den Projektgruppen.“

findet nicht die erforderliche Mehrheit und ist somit abgelehnt.

Abstimmungsergebnis: 11 Ja-Stimmen (SPD, Bündnis 90/Die Grünen), 24 Nein-Stimmen (CDU, FDP, FWG), 1 Enthaltung (BEU)

Stadtverordnetenvorsteher Dr. Drexelius bittet um Abstimmung zu Punkt 2. des Antrages der CDU-Fraktion.

Beschluss-Nr. IX/132-2006 c

2. Die Lokale Agenda der Stadt Usingen ist beendet.

Abstimmungsergebnis: 24 Ja-Stimmen (CDU, FDP, FWG), 11 Nein-Stimmen (SPD, Bündnis 90/Die Grünen), 1 Enthaltung (BEU)

Stadtverordnetenvorsteher Dr. Drexelius bittet um Mitteilung, ob Einwände bestehen, die Abstimmung über Punkt 3. und Punkt 4. in einem Durchgang durchzuführen. Das ist nicht der Fall.

Beschluss-Nr. IX/132-2006 d

3. Die Lenkungsgruppe tagt 1 x im Jahr und nimmt, wie in der Lenkungsgruppe im Konsens beschlossen, den Bericht der Verwaltung über die Umsetzung der Maßnahmenblätter entgegen.
4. Bei der Umsetzung der Maßnahmenblätter können die Mitglieder der ehemaligen Agendagruppen als sachkundige Bürger in den Ausschüssen gehört werden.

Abstimmungsergebnis: 35 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung (SPD)

B. Punkte ohne Aussprache

8. Richtlinien über die Verleihung der Verdienst- und Leistungsadeln der Stadt Usingen

Beschluss-Nr. IX/122-2006

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Ab dem 01.01.2007 werden die der Vorlage als Anlage 1 beigefügten Richtlinien über die Verleihung der Verdienst- und Leistungsadeln der Stadt Usingen eingeführt.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltungen

9. Gebührenbefreiung für das letzte Kindergartenjahr und Bezuschussung des Landes Hessen für Betreuungsplätze von Kindern unter 3 Jahren.

Beschluss-Nr. IX/114-2006

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Ab dem 01.01.2007 ist das letzte Kindergartenjahr gebührenfrei zu gestalten. Eine Änderung der Satzung ist entsprechend der der Vorlage beigefügten Anlage 1 vorzunehmen.

Darüber hinaus sind die für die Betreuung von Kindern unter 3 Jahren zur Verfügung gestellten Mittel des Landes Hessen abzurufen und dafür zu nutzen, die Gebühren für Kleinkinder auf das Niveau der Gebühren für Kindergartenkinder zu senken. Eine Änderung der Satzung ist entsprechend der der Vorlage beigefügten Anlage 1 vorzunehmen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltungen

10. Aufhebung der Richtlinien für die Vergabe von städtischen Grundstücken für das Baugebiet "Schleichenbach II"

Beschluss-Nr. IX/124-2006

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Die Richtlinien für die Vergabe von städtischen Baugrundstücken in der vom Haupt- und Finanzausschuss am 28.11.2001 beschlossenen Fassung gemäß der Vorlage beigefügter Anlage Ziffer 1. bis 7. werden für das neue Baugebiet „Schleichenbach II“ außer Kraft gesetzt.

Für alle eventuell anderweitigen vakanten städtischen Baugrundstücke, die nicht aus dem Baugebiet „Schleichenbach II“ hervorgehen, finden diese Vergaberichtlinien nach wie vor weiter Anwendung.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltungen

11. Flurneuordnung im Usatal zwischen Gemarkungsgrenze Westerfeld und Bundesstraße 456

Beschluss-Nr. IX/115-2006

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, die Einleitung eines vereinfachten Flurneuordnungsverfahrens nach § 86 Flurbereinigungsgesetz für den Bereich zwischen Gemarkungsgrenze Westerfeld und der Bundesstraße 456 beim Amt für Bodenmanagement in Limburg zu beantragen.

Die Abgrenzung des Flurneuordnungsgebiets ergibt sich aus der Katasterkarte im Anhang zur Vorlage.

Das Flurneuordnungsverfahren hat zum Ziel:

- ⇒ Auflösung der Kleinparzellierung und Schaffung übersichtlicher Eigentumsstrukturen.
- ⇒ Anpassung der Parzellierung an die realen Geländebeziehungen.
- ⇒ Schaffung eines breiten Uferrandstreifens auf beiden Uferseiten entlang der Usa.
- ⇒ Besucherlenkung in der Talau.
- ⇒ Schaffung einer geeigneten Überfahrt für landwirtschaftliche Fahrzeuge über die Usa.
- ⇒ Vorhaltung von Flächen für spätere Hochwasserschutzmaßnahmen.
- ⇒ Überführung von Naturschutzflächen in öffentliches Eigentum.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltungen

C. Mitteilungen und Anfragen

12. Mitteilungen des Magistrats

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

13. Fragestunde

Es liegen keine schriftlichen Fragen vor.

13.2 Mündliche Fragen

Stadtverordnete Hahn bittet um Auskunft, ob die Stadt über eine im Bereich des Bahnhofes geplante ebenerdige Überwegung zur Verbindung der Innenstadt mit dem Gewerbegebiet informiert sei.

Stadtverordneter Konieczny erinnert an seine Anfrage vom 03.07.2006 und seine Bitte, eine Aufstellung der in den letzten 5 Jahren beauftragten Gutachten, Stellungnahmen, Untersuchungen und Planungen vorzulegen.

Stadtverordnete Enslin bittet um Auskunft, wann der Entwurf des Stadtteilentwicklungskonzeptes 2020 in den Gremien beraten und beschlossen werden solle und aus welchen Gründen dies bislang noch nicht erfolgt sei.

Bürgermeister Drexelius erläutert, dass nach seinen Informationen ebenerdige Bahnübergänge nicht mehr erstellt werden und eine entsprechende Überlegung auch nicht in der Diskussion sei. Man habe bei der Stadt Usingen jedoch das Angebot eines Brückenbauers erhalten und werde dies zum Anlass nehmen zu prüfen, ob diese Alternative finanziell machbar und effektiv sei.

Zu der Aufstellung der Gutachten sagt Bürgermeister Drexelius zu, diese bis zur nächsten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung schriftlich den Fraktionen zuzuleiten.

Bürgermeister Drexelius erläutert, dass das Stadtteilentwicklungskonzept nach seinen Informationen den Fraktionen vorliege. Diese seien nach seinen Erinnerungen auch darum gebeten worden zu prüfen, in welcher Form eine Priorisierung der Maßnahmen erfolgen solle. Er werde dies aber klären und die Unterlagen gegebenenfalls zur nächsten Stadtverordnetenversammlung vorbereiten lassen.

Abschließend wünscht Stadtverordnetenvorsteher Dr. Drexelius den Anwesenden ein gesegnetes Weihnachtsfest und ein gutes Jahr 2007.

Usingen, den 29.12.2006

Dr. Günter Drexelius
Stadtverordnetenvorsteher

Andrea Sierra Eifert
Schriftführerin

Dr. Christoph Holzbach

Claudia Bertz

Ellen Enslin

Gerhard Brähler

Dr. Michael Klatt

Heino Böhringer